Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 22 (1942-1943)
Heft: 4

Artikel: Arbeiterbewegung oder Volksgemeinschaft?
Autor: Wild, Otto
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-334619

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Herolde des absterbenden Wirtschaftsliberalismus verführt – sträuben, um so schärfer wird die Reaktion, um so schroffer die Umwälzung sein. Wir wollen kein zweites 1918. Es ist die Aufgabe der herrschenden bürgerlichen Parteien, ein zweites 1918 unnötig zu machen. Das kann aber nicht mit halben, sondern nur mit *ganzen Maßnahmen* geschehen.

Arbeiterbewegung oder Volksgemeinschaft?

Von Otto Wild, Stockholm.

Im Jahre 1938, als man den Krieg schon kommen sah, und man nur noch nicht wußte, welche Städte zuerst in Trümmer gelegt sein werden, sagte ein damaliger Führer der sozialdemokratischen Jugend in Schweden, daß die Partei alles, was in ihrem Programm sozialistisch sei, für die Dauer des Krieges werde «aufs Eis legen» müssen. Die Ansichten der Zuhörer waren geteilt. Die einen sahen eine Gefahr darin, daß die Partei ihre Ziele längere Zeit verbergen sollte, andere mußten gestehen, daß die schwierige Situation keine andere Wahl ließ. Wenn auch die schwedische Partei damals noch nicht in beiden Kammern die Mehrheit besaß, so war es doch nach dem geltenden Wahlsystem so gut wie sicher, daß sie diese Mehrheit bald auch in der Ersten Kammer bekommen werde. Damit fiel ihr eine Verantwortung zu, die weit größer war, als sie von einer Regierungspartei in Friedenszeiten getragen werden muß. Die schwedische Partei hatte, solange die Kriegsgefahr nicht drohend war, die Politik der allgemeinen Abrüstung vertreten, und sie war stark genug, diese Abrüstung in Schweden durchzusetzen. Das geschah in der Meinung, der ganzen Welt dadurch ein Vorbild sein zu können. Im Jahre 1938 hatte man jedoch schon in zwei Fällen gesehen, daß eine starke Militärmacht ein kleineres Land einfach verschlingen kann, wenn sie eine überwältigende Zahl von Tankdivisionen an der Grenze dieses Landes aufmarschieren läßt, und wenn die Fünfte Kolonne jeden etwaigen Widerstand im Rücken bedroht. Solchen Gefahren gegenüber konnte sich ein militärisch schwaches Land keine inneren politischen Kämpfe erlauben. Als Regierungspartei mußte man alle Kräfte des Volkes sammeln, um einer eventuell von außen drohenden Gefahr begegnen zu können. Nun hat die schwedische Partei seit bald vier Jahren alles, was in ihrem Programm sozialistisch war, «aufs Eis gelegt», und man kann die Folgen übersehen. Um es gleich und kurz zu sagen: es ist nicht viel davon übriggeblieben. Leben und Bewegung läßt sich im allgemeinen nicht für die Dauer konservieren. Es sind besonders einige Akademiker, die am heftigsten die völlige Abkehr von allem vertreten, was an der Partei einst sozialistisch war. Die Sozialisierungsforderungen früherer Jahrzehnte werden von ihnen als Jugendverirrungen der Bewegung dargestellt, Karl Marx ist für sie natürlich längst überwunden. Torsten Gardlund, der die Monatszeitschrift der Partei redigiert, weist in einer sehr gelehrten Darstellung nach, daß auch die Begründer der großen bürgerlichen Parteien und Bewegungen nur das allgemeine Wohl wollten, und daß es darum falsch

und nicht mehr zeitgemäß sei, die bürgerlichen Parteien als Klassenfeinde zu betrachten, wie es eine sehr vulgäre Agitation in den Anfängen der Arbeiterbewegung getan habe. Auch die Sozialdemokratische Partei wolle nichts anderes, als den allgemeinen Wohlstand, und sei darin einig mit den bürgerlichen Parteien. Alle Schichten des Volkes seien voneinander abhängig, also: nicht Klassenkampf, nicht Arbeiterbewegung, sondern Volksgemeinschaft. Andere, vorsichtigere Auslassungen in dieser Diskussion, die sich fast durchweg auf einem sehr hohen theoretischen Niveau bewegt, betrachten als die wichtigsten Ziele der Partei eine allmähliche soziale Angleichung, wirtschaftliche Sicherheit und allmählich steigenden Lebensstandard. Der richtige Weg sei: ausgleichende Sozialpolitik mit Rücksicht auf günstige Existenzbedingungen für die Privatindustrie. Es sei ganz unwesentlich, ob sich die Industrie in Privatbesitz befindet oder ob sie sozialisiert sei. Wichtig ist nur, daß sie effektiv betrieben werde. Im übrigen sei Sozialpolitik viel leichter durchzuführen als Sozialisierung.

Dieser Versuch, den Ideenstreit möglichst kurz in gröbsten Umrissen darzustellen, kann den Anschein erwecken, daß es sich nur um eine theoretische Diskussion handelt, wie sie ja in allen Arbeiterparteien in verschiedenen Formen stattgefunden hat. Aber in Schweden handelt es sich um mehr als um eine Diskussion, da ja die Partei gezwungen ist, in der Praxis so zu handeln, wie es ihre Theoretiker nun als einzig richtig nachweisen wollen. Die Praxis einer Situation, die nur vorübergehend sein kann, erhält gewissermaßen eine dauernde theoretische Grundlage. Was an der Partei wesentlich war, ist nicht nur «aufs Eis gelegt», sondern wird verworfen, abgelehnt und soll endgültig begraben werden.

Diese Entwicklung hängt mit den besonderen Verhältnissen in Schweden zusammen. Die Zwischenkriegszeit war für die schwedische Wirtschaft außerordentlich günstig. Schweden war in den letzten 25 Jahren der größte Handelsstaat an der Ostsee, nicht nur in bezug auf die lange Küste, sondern auch in bezug auf Tonnage und Handelsumsatz. Das Land hatte in seinen Holzprodukten und in seinem Erz Ausfuhrgüter, die Wohlstand ins Land brachten. Allein die Schiffahrt brachte einen Überschuß von 400 Millionen Kronen in ausländischer Valuta ins Land. Dieser Wohlstand erlaubte es, viele Dinge zu importieren, die im eigenen Land viel billiger hätten hergestellt werden können. Man hat in Schweden gut verdient und ist gewohnt, eine reichliche Verdienstspanne als selbstverständlich anzusehen. Selbst die große Krise der dreißiger Jahre warf nur geringe Ausläuferwellen nach Schweden. Soziale Forderungen, die in anderen Ländern trotz heftiger Kämpfe nicht durchgesetzt werden konnten, wurden in Schweden konziliant bewilligt. Bis zum Beginn des Krieges gab es einzelne, wenn auch nicht große Arbeiterschichten in Schweden, die in der Woche mehr verdienten, als ein Arbeiter auf dem Kontinent normal in einem Monat verdienen konnte. Weder die Unternehmer noch die bürgerlichen Parteien leisteten ernstlichen Widerstand gegen soziale Wohlfahrtseinrichtungen. Daß solche Verhältnisse die Klassengegensätze verwischen und revisionistische Ideen fördern, weiß man von der Zeit her, als in Deutschland in einer Periode steigenden Wohlstandes, der lange nicht an den Schwedens heranreichte, vom Hineinwachsen in den Zukunfts-

staat gesprochen wurde. Dazu ist noch der Umstand zu beachten, daß viele Unternehmungen im Besitz der Gesamtheit in Form von Aktiengesellschaften betrieben werden. So wird jetzt in Stockholm eine Diskussion darüber geführt, ob die Straßenbahn und Busunternehmung sozialisiert werden sollen. In Wirklichkeit ist die Stadt seit langer Zeit Besitzerin des Unternehmens, und es geht eigentlich nur um die Frage, ob es zweckmäßig sei, die äußere Form der Aktiengesellschaft beizubahlten. Da in der Privatwirtschaft die Aktiengesellschaft immer mehr dem Einfluß einzelner Personen und Familien entwächst, das anonyme Kapital den einzelnen Privatunternehmer verdrängt, verwischt sich für den Nichteingeweihten die Grenze zwischen kollektivistischem Betrieb und Privatunternehmen, ganz besonders in diesen Zeiten der Mangelwirtschaft, in der alle Unternehmungen unter staatlichen Einfluß gestellt sind. Manche glauben, es sei nur notwendig, diesen staatlichen Einfluß zu erhalten und zu steigern, um das zu erreichen, was man früher durch Sozialisierung erreichen wollte. Die Frage der Sozialisierung erscheint darum absolut nicht aktuell und nur als eine Frage der äußern Form, die nach Zweckmäßigkeitsgründen in besonderen Fällen zu beruteilen ist.

Worte, wie Klassengegensatz, Klassenbewußtsein, Klassenjustiz, sind in Schweden direkt verpönt, und wer sie gebrauchen wollte, käme in den Verdacht, ein Kommunist zu sein. Aber das Klassenbewußtsein hat darum nicht aufgehört; es ist besonders in den bürgerlichen Parteien sehr deutlich vorhanden. Dort weiß man auch sehr genau, was Sozialisierung ist. Ein Beispiel aus den letzten Tagen: Die Sozialfürsorge der Stadt Stockholm gibt einen Teil der Unterstützung an Bedürftige, wie Kleidungsstücke an Arme, Kinderwäsche für Säuglinge, in natura und nicht in Geld, um den damit beabsichtigten Zweck auch sicher zu erreichen. Solange man nicht besonders sparsam sein mußte, gab man den Bedürftigen Anweisungen auf diese Gegenstände, die in Privatgeschäften eingelöst werden konnten. Diese Geschäfte haben somit an der Armut verdient, denn man ist in Schweden, wie gesagt, gewohnt, zu verdienen. Nun ist man auch hier gezwungen, sparsam zu sein, und man ist auf den naheliegenden Gedanken gekommen, die zu verteilenden Gegenstände in größeren Mengen billiger anzuschaffen und in diesem Teil der Sozialfürsorge den Zwischenhandel auszuschalten. Das nazifreundliche Blatt des Herrn Torsten Kreuger, ein Bruder und Erbe jenes Spekulanten Ivar Kreuger, dessen Machinationen vor zehn Jahren in der ganzen Welt peinliches Aufsehen erregten, begann eine große Hetze gegen dieses «Warenhaus» der Gemeinde Stockholm, und die bürgerlichen Parteien stimmten mit ein, sogar die Freisinnige Volkspartei, die als liberal und demokratisch den Sozialdemokraten am nächsten steht. Eine Stadtverordnete der Freisinnigen Volkspartei wird bei den Gemeindewahlen im kommenden Herbst nicht mehr kandidieren, weil sie sich an der Organisation dieses «Warenhauses» der Gemeinde beteiligt hat und nicht einsehen will, daß Privatgeschäfte auch an der Armut verdienen müssen. Ein anderer Fall aus der letzten Zeit: Die Handelskammer in Göteborg hat in einer Untersuchung über die Kriegskonjunktursteuer festgestellt, daß Waldbesitzer es unterlassen, Holz zu schlagen, obwohl Holz jetzt dringend gebraucht wird; daß Fischereien

es unterlassen, zu fischen, obwohl nun auch in Schweden Nahrung knapp ist; und daß ein Teil der Unternehmer überflüssige Anlagen bauen läßt, wenn ihre Gewinne die Grenze erreichen, die unter die höhere Besteuerung der Kriegskonjunkturgewinne fällt. Im Gegensatz dazu haben die Arbeiter auf einen Teil ihrer Indexzulage im allgemeinen Interesse verzichtet, und sie verzichten darauf, die für etwaige Lohnsteigerungen günstige Situation auszunützen. Hätten Arbeiter aus Gewinninteresse eine solche Schädigung der Allgemeinheit begangen, wie sie von der Handelskammer in Göteborg festgestellt wurde, dann wäre die Empörung in der bürgerlichen Presse bis zur Siedehitze gesteigert worden. Die Feststellungen der Handelskammer wurden jedoch ohne Kommentar registriert.

Es gibt also noch Klassengegensätze und Klassenbewußtsein, übrigens nicht nur bei den Bürgerlichen. Viele Arbeiter stehen innerlich nicht auf der gegenwärtigen offiziellen Linie der Partei. Man hat dies bei den letzten Maifeiern gesehen. Um die Politik der Volksgemeinschaft auch nach außen zu dokumentieren, hat man im vorigen Jahr den Ersten Mai mit den großen bürgerlichen Parteien gemeinsam gefeiert. Die Beteiligung war viel geringer als bei den Maifeiern, die von der Partei allein veranstaltet wurden. In diesem Jahr hat man darum auf die Beteiligung der Bürgerlichen verzichtet. Daß man an einem Arbeiterfeiertag auf die Straße geht, ist den Arbeitern ein zur Tradition gewordenes Bedürfnis. Wenn aber dem Feiertag sein ursprünglicher Sinn genommen wird, kann man ebensogut zu Hause bleiben.

Mit diesen Zeilen ist keine Kritik der Parteiführung beabsichtigt, sondern nur ihre Darstellung, die allerdings nicht den Anspruch darauf macht, objektiv zu sein und den eigenen Standpunkt verbergen zu können. Aber immerhin will sie versuchen, auch die offizielle Haltung der Partei zu verstehen und begreiflich zu machen. Selbst wenn man diese Haltung bedauert, muß man bekennen: innerpolitisch konnte die schwedische Partei in der gegenwärtigen Situation nicht anders vorgehen. Wenn schon die Freisinnige Volkspartei gegen alles, was nur im entferntesten antikapitalistisch ist, so entschieden Front macht, so wären von den anderen bürgerlichen Parteien, den Konservativen und dem Bauernbund, noch viel größere Schwierigkeiten zu erwarten, wenn die Sozialdemokraten von ihrer Majorität Gebrauch machen wollten. Einzelne Vertreter des Bauernbundes bringen ihre nazifreundliche Gesinnung offen zum Ausdruck und sind gerne bereit, dieser Regierung Schwierigkeiten zu machen, obwohl auch Vertreter des Bauernbundes in ihr sitzen. Und ganz besonders die Bauern können unangenehm werden. Sie erzeugen die Nahrung und sie sind gut organisiert. Bisher haben sie mit sehr wenigen Ausnahmen jede gewünschte Preiserhöhung durchgesetzt. Manche gelegentliche Warenverknappung während der Unterhandlungen über solche Preiserhöhungen hat einem Lieferstreik verdammt ähnlich gesehen, und das, obwohl, wie gesagt, Vertreter des Bauernbundes in der Regierung sitzen. Die rechte Hand weiß in diesem Fall nicht, was die linke tut. Hat man noch vor Augen, daß die Fünfte Kolonne mit Versprechungen nicht sparsam ist, und genau weiß, welche Schichten der Bevölkerung ihren Verlockungen zugänglich sind, so ist es klar, daß man in einer so unsicheren außen-

politischen Situation alle Konflikte soweit als möglich vermeiden will. Dazu kommt noch, daß man in Schweden den Einfluß der Fünften Kolonne auf die Gestaltung der Dinge in Norwegen und ihr gegenwärtiges Wirken in Dänemark und in Finnland näher und darum vielleicht besser sieht als in anderen Ländern. Lauter Dinge, die sehr schwer wiegen, wenn man mit der Verantwortung nicht nur für die ganze Arbeiterbewegung und für den Bestand aller ihrer Errungenschaften, sondern auch für die Freiheit des ganzen Staatswesens belastet ist. Wer diese Verantwortung nicht trägt, kann leicht in vielen Dingen anderer Meinung sein. Es ist der Zwang der Verhältnisse, der ein bestimmtes Verhalten notwendig macht. Theoretiker und Journalisten sorgen hinterher für die Begründung dieses Verhaltens.

Nicht nur in Schweden hat es sich gezeigt, wie verderblich es für eine sozialdemokratische Partei sein kann, wenn sie die Verantwortung für eine Regierung trägt, ohne nach ihren eigenen Grundsätzen regieren zu können. Nach allem, was wir in Europa erlebt haben, kann man sagen, daß es für eine sozialdemokratische Partei ein Glück ist, wenn sie nicht an die Regierung gelangt, so lange sie nicht die unbestrittene Macht hat, ihre Ziele zu verwirklichen. Gleichwohl ist auch vom sozialistischen Standpunkt aus kein Grund vorhanden, über die offizielle Parteiführung in Schweden und über ihre theoretische Begründung entsetzt zu sein. Wie hier gezeigt werden sollte, war diese Entwicklung durch die Verhältnisse bedingt. Aber diese Verhältnisse werden nach dem Krieg mit einem Schlag verändert sein, und gewisse Theoretiker, die entdeckt haben wollen, daß es eigentlich keinen prinzipiellen Unterschied zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien gibt, werden von den bürgerlichen Parteien eines Bessern belehrt werden. Der kommende Friede dürfte sogar so viele und so große Aufgaben bringen, die nur von einer sozialdemokratischen Partei gelöst werden können, daß manche Wortführer der Volksgemeinschaft ihre heutigen Theorien wie einen bösen Traum vergessen werden.

Bauen bei steigenden Preisen

Von Amicus.

Im Verlaufe des 19. Jahrhunderts trat an Stelle des eigenen Hauses in immer größerem Maßstabe die Mietwohnung. In den Städten und größeren Industriegemeinden lebt die Masse der Industriearbeiter, Beamten und Angestellten in *gemieteten Wohnräumen.* Die Bereitstellung von Wohnungen unterliegt wie die Bereitstellung irgendeiner anderen Ware den Gesetzen des Marktes. Der Bauspekulant entschließt sich nur dann zum Bau von Mietwohnungen, wenn die Lage des Wohnungsmarktes und die Baukosten eine «normale» Nettoverzinsung von rund 5,5 Prozent des im Wohnungsbau angelegten Kapitals gewährleisten.

Häuser sind dauerhafte Güter. Der jährliche Verschleiß ist — solide Bauart vorausgesetzt – verhältnismäßig gering. Deshalb sind die Häuser und Grundstücke eine vom Rentenkapital besonders hochgeschätzte An-